

KTM Grünewald zeigte noch einmal die Dringlichkeit des Antrages auf. Die Nachricht des Ministeriums sei erst vor kurzem gekommen mit den definitiven Informationen, dass sich im Bereich der Geburtshilfe in Bad Honnef nichts ergebe. Daraus habe sich für die CDU und die GRÜNEN ein deutlicher Klärungsbedarf ergeben, zum einen die aufgeführten Parameter der Bemessungsgrundlagen (für Fahrstrecken) noch einmal zu überprüfen, sowie ebenfalls zu prüfen, wie oft Abweisungen von schwangeren Frauen in Kliniken geschehen würden, da diese überlastet seien. Ferner solle geklärt werden, ob Gespräche des MAGS mit verantwortlichen Personen (z.B. Hebammen) die in diesem Kontext tätig sind, stattfänden. Dies sei den Fraktionen grundlegend wichtig, da eine reine Bezugnahme auf 40 Minuten Fahrzeit kaum nachvollziehbar sei. Wenn man sich manche Strecken im Rhein-Sieg-Kreis, vor allem bei der Sicherstellung der Frauengesundheit im ländlichen Raum, ansehe, komme man mit 40 Minuten Fahrzeit zur nächsten Geburtshilfe nicht hin. Es seien Referenzmessungen durchgeführt worden die dem Antrag zu entnehmen seien, wobei problematische Zeiten wie Stausituationen ausdrücklich ausgeschlossen worden seien. Jeder, der die Strecken nach Bonn oder Troisdorf zu gewissen Zeiten fahre, finde sich in noch erheblich angespannteren Verkehrssituationen wieder. Der Dringlichkeitsantrag könne so direkt an den Landrat weitergegeben werden, damit dieser sowohl das Ministerium mit dem Schreiben konfrontieren könne um im positiven Sinne eine Klärung herbeizuführen, als auch eine Weitergabe an die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales herbeizuführen, deren Ausschuss am 29.09.2021 terminiert sei. Sie bitte neben einer gewogenen Abstimmung um Erweiterung des Antrages dergestalt, dass das Schreiben ebenfalls an den Landtagspräsidenten weitergeleitet werde mit der Bitte, es an die Ausschussmitglieder des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales umgehend weiterzugeben.

KTM Ruiters erklärte die Unterstützung der SPD zu diesem Antrag, da er auf der Resolution aufbaue. Bei vorheriger Anfrage hätte die SPD den Antrag sofort mitgezeichnet. Hier seien alle Fraktionen wohl auf dem gleichen Weg. Im AK zur Krankenhausplanung am vorherigen Tag habe es jedoch noch eine Idee gegeben, dem Antrag etwas hinzuzufügen und dies ggf. im AIG zu machen. Frau KTM Ruiters bat Frau Prinz Klein diesbezüglich um weitere Ausführungen.

Frau Prinz-Klein führte hierzu an, dass in der Arbeitsgruppe der Kommunalen-Gesundheits-Konferenz (KGK) zur gesundheitlichen Versorgung in der Region bezogen auf die Geburtshilfe der Vorschlag von Herrn Dr. Schulte als Vertreter der Ärztekammer gekommen sei, dass die Geburtshilfe seitens des Bundes attraktiver gemacht werden müsse. Er habe hier das Wort „Bewerbung“ benutzt, welches mit

aufgenommen werden sollte. Wenn sich Krankenhäuser in der Region wieder für Geburtshilfe interessieren und im Rahmen ihrer Wirtschaftlichkeit beabsichtigen würden, diese in ihr Leistungsangebot erneut mit aufzunehmen, müsse es eine Form der Aufwertung geben. Es sei die Frage aufgekommen, ob dies in die Formulierung des Dringlichkeitsantrages aufgenommen werden könne.

KTM Grünewald sah in der finanziellen Vergütung unter der normalen Geburt prinzipiell die Grundlage des Problems. Hier seien DRG`s (Diagnosis-Related Groups) in großen Blick zu nehmen, welche für die normale Geburt nicht ausreichend seien, sodass die Krankenhäuser bei Beibehaltung der Geburtshilfe nahezu immer in die roten Zahlen rutschten. Das sei ein Problem auf Bundesebene. Dort würden DRG`s verhandelt und festgelegt. Diesbezüglich gebe es seit Februar ein Schreiben von Frauen an die Bundesregierung und das Ministerium, dass an diesen Stellen massiv nachgearbeitet werden müsse. Sie habe hier den Eindruck gewonnen, dass eine Nacharbeitung tatsächlich komme, da man auch auf dieser Ebene sehe, dass die Finanzierung nicht funktioniere. Das Institut zur Festlegung der DRG`s liege in Siegburg, sodass der Kreis mit seinem Anliegen hier sehr nahe sein sollte. Der Einwand nach Aufwertung sei berechtigt, sie wolle ihn jedoch in dieses Schreiben nicht mit aufnehmen, da DRG`s auf Bundesebene verhandelt würden und aktuell mit dem Land gearbeitet werde.

KTM Ruiters konnte diesen Einwand nachvollziehen. Sie habe den Vorschlag noch einmal einbringen wollen, da er am Vortag überlegt worden sei. Es sei schade, wenn er auf dem jetzigen Weg in Vergessenheit geraten sollte. Die Abgeordnete Grünewald habe aber Recht, hier sei der Bund gefragt.

*Anmerkung der Verwaltung: Der Dringlichkeitsantrag wurde an Herrn Minister Laumann sowie den Landtagspräsidenten Herrn André Kuper mit Datum vom 24.09.2021 übersendet. Am 27.09.2021 erreichte den Landrat ein im Auftrag des Landtagspräsidenten André Kuper gefertigtes Antwortschreiben von Herrn Regierungsrat Tomczak, dass das Schreiben des Landrates nebst Anlagen am 24.09.2021 als Zuschrift 17/693 den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales übermittelt worden sei. Die Ausführungen standen den Abgeordneten für eine Befassung im Ausschuss am 29.09.2021 somit zur Verfügung.*